

# Der Steinarbeiter

## ORGAN

### des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Starke, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Verantwortlicher Redakteur:

A. Staubinger, Leipzig, Große Fleischergasse 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Leipzig

Große Fleischergasse 14, I.

Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld viertel-

jährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten

20 Pfg. die gespaltene Pettzeile ober deren Raum.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7238 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 22.

Sonnabend, den 30. Mai 1903.

7. Jahrgang.

## Kollegen! Agitiert für den Verband.

### Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

**Cheunitz.** Die ausgesperrten Kollegen sollen am Montag, den 25. Mai wieder eingestellt werden. Der Zuzug ist deshalb bis auf weiteres fernzuhalten.

**Aue-Auerhammer.** Hier stehen die Pflastersteinmengen in einer Lohnbewegung.

**Mannheim.** Werkplatz Hedert ist gesperrt.

**Hamburg II.** Die Marmorarbeiter der Firmen Samoo genannt Hinich und H. Schönfeld sind im Auslande wegen Nichtbewilligung des von den andern Unternehmern angenommenen Tarifs.

**Wegle-Osterwald.** Die Lohnbewegung dauert unverändert fort.

**Wülhausen i. Esch.** Der Streik ist zu unsern Gunsten beendet.

### Internationales.

**Budapest.** Der Streik wurde aufgehoben, mit Ausnahme bei einer Firma. Der Kampf, welcher zäh und ausdauernd von den Kollegen geführt wurde, hat zu unseren vollen Gunsten geendet. Wenn auch die Einstellung des Kampfes bloss als ein Waffenstillstand zu bezeichnen ist, so mussten die Unternehmer Zugeständnisse machen, trotzdem dieselben vor drei Wochen erklärten, unter keinen Umständen etwas bewilligen zu wollen und den Streik solange zu führen, bis die Steinmetzen kapitulieren. Nun, gerade das Entgegengesetzte trat ein und die Unternehmer haben eine Niederlage wie noch nie erlitten.

Die Steinmetzen von Budapest sagen an dieser Stelle besten Dank für die Ueberweisung der finanziellen Mittel, die so reichlich von den ausländischen Bruderorganisationen eingegangen sind. Es ist dieses der schönste Beweis der internationalen Kollegialität und Solidarität.

Eingegangen sind noch folgende Beträge:

Zahlstelle	Mannheim	10.— M
„	Düsseldorf	11.50 „
„	Alt-Wartha (Brecher)	30.— „
„	Bunzlau	40.— „

Da der Kampf beendet ist, können weitere Geld-einsendungen unterbleiben.

In böhmischen Zeitungen werden nach Württemberg (die Stadt ist nicht genannt) tüchtige Steinmetzen gesucht. Da nun in Württemberg von einem Mangel an Steinmetzen nicht gesprochen werden kann, so gewinnt es den Anschein, dass man böhmische Kollegen als Lohndrücker verwenden will. Den Zahlstellen-vorständen Württembergs diene dieses zur Kenntnisnahme.

I. A. des internationalen Agitationskomitees:  
A. Staudinger.

### Wahl Schlacht.

Alle Parteien stehen im schärfsten Wahlkampf, aber auch alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, befinden sich in einer gewissen, wohl aber auch berechtigten Beklemmung. Es scheint, daß diesen Wählerpartei der Reaktion, der Volksausbeutung und der Volkseutrechtung erst jetzt das Gewissen — viel wird's nicht sein — Vorhalt macht über die begangenen Sünden und Missetaten in der verflochtenen Legislaturperiode. Und wenn wir prüfen sollen, so können wir mit dem größten Gerechtigkeitsgefühl keinen Unterschied zwischen den Anhängern um Wachen, um Kardorff, um Richter und wie all diese unbedeutenden Aushilfskräfte heißen, entdecken. Diesen gegenüber hat die Arbeiterbewegung nicht den geringsten Dank zu zollen. Ja gewiß, jetzt zur Wahlzeit ge-

denkt man auch des Arbeiters; er wird mit Liebesworten, gleich einer züchtigen Jungfrau, überschüttet; aber der Arbeiter als Wähler wird dieser platonischen Liebeshändelei keine Gegenliebe entgegenbringen.

Man will Fabrikanten, Fabrikdirektoren und ähnliche Leute als Vertreter der Industrie im Reichstag haben; die Handelswelt verlangt Kandidaten aus ihren Reihen; die Handwerksmeister möchten gern ihre Führer im Reichstag haben, damit in die Mittelstandspolitik mehr Schneid kommt und endlich die Geburtsstunde für den zünftlerischen Messias, für den Befähigungsnaehweis, schlägt, der als Zaubermittel alle Wunden des Handwerks heilt und seinen morschen Boden mit dem sagenhaften goldenen Boden vertauscht. Am richtigsten ist der Bund der Landwirte, der ungestüm vorwärts drängt und fast die sämtlichen bürgerlichen Parteien und Politiker unter sein Joch beugt. Selbst in zahlreichen industriellen und städtischen Wahlkreisen macht der Bund Ansprüche geltend und diktiert er den andern Parteien und den Kandidaten seine Forderungen und Bedingungen, die auch meistens akzeptiert werden. Der Bund der Landwirte will im neuen Reichstag eine noch stärkere Position erringen, als er im alten hatte, und vor allem will er das Zustandekommen von Handelsverträgen ohne die höchsten Zuckerröste verhindern.

Wirtschaftliche Reaktion und politische Reaktion verbinden sich miteinander, um im neuen Reichstag die Interessen der besitzenden Klassen in jeder Beziehung erfolgreich und befriedigend wahrnehmen, in gleichem Maße aber auf der andern Seite die Arbeiterinteressen schädigen zu können. Der alte Reichstag hat eine sehr bedeutungsvolle Geschichte, er hat viele und gemeinschädliche Taten vollbracht, von dem neuen Reichstag erwartet aber die verbündete Reaktion die Fortsetzung dieser Tätigkeit, die Vollbringung neuer volksfeindlicher Taten. Darum hat auch die Arbeiterschaft allen Grund, der Wahlbewegung und der Reichstagswahl aller Orten die intensivste Aufmerksamkeit zu widmen. Die sozialdemokratische Partei als die Arbeiterpartei, die Partei der Enterbten und Unterdrückten und Verfolgten, hat denn auch in voller Würdigung des hohen Ernstes der Situation frühzeitig ihre Wahlvorbereitungen getroffen und wiederum, wie vor fünf Jahren, in fast sämtlichen 397 Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt. Für die Arbeiterklasse gilt es, einen besseren Reichstag, als der alte war, zu wählen, einen Reichstag, der endlich einmal ernsthaft daran geht, die Reichsverfassung, soweit es noch nicht geschehen, auszuführen, sie aber im übrigen freihändig auszugestalten und die Gesetzgebung mit einem volkstümlichen, freien und sozialen Geiste zu erfüllen. Die Interessen, die Wohlfahrt, die Rechte der großen Massen der 56 Millionen Einwohner des Deutschen Reiches sollen die bestimmenden Faktoren für die Gesetzgebung wie für die ganze Tätigkeit des Reichstags werden, und nicht länger sollen die Interessen, die Wünsche und Forderungen der oberen Rehtausend, der Schlot- und Krautjunker, der großen Finanz- und Handelswelt, des Militarismus und Marinismus alles beherrschen und die allgemeinen Volksinteressen schwer schädigen.

Sehr wichtig ist es für die Arbeiter als Gewerkschaftler, daß der neue Reichstag eine volkstümliche Zusammensetzung erfährt. Der alte Reichstag, der im Zeichen der Zuchthausvorlage im Herbst 1898 seine Tätigkeit aufgenommen hatte, lehnte zwar angesichts des Massensturmes der deutschen Arbeiter den schandbaren Wechselbalg ab, allein die vertrottelten und sittlich vermahrlosten Scharfmacher haben darum noch nicht ihre arbeitserfeindlichen Pläne aufgegeben. Sie schreien nach wie vor nach Entrechtung, Unterdrückung und Verfolgung der Arbeiter, nach neuen Zuchthausvorlagen, und erst in jüngster Zeit hat der Arbeiterschuttsvorstand von der Regierung die Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung verlangt, also eine neue Zuchthausvorlage. Das Ziel dieser verkommenen, jedes Gerechtigkeitssinnes und Gefühles baren Scharfmacherverbandes ist ein Zustand, in dem die Unternehmer alle und die Arbeiter gar keine Rechte haben. Maßregelung, Beschimpfung und Mißhandlung, Lohnreduktion, Aussperrung, schwarze Liste mit Sperre des Unternehmerarbeitsnachweises, alle diese Unterdrückungs- und Verfolgungsmittel der Unternehmer gegen die Arbeiter sollen ohne jede gesetzliche Beschränkung rücksichtslos gehandhabt werden dürfen; gleichzeitig aber soll

den Arbeitern verboten sein, sich zu koalieren, Lohn- und Streikbewegungen durchzuführen, Streikposten aufzustellen, die Sperre zu verhängen, Warnung vor Zuzug zu erlassen, durch schwindelhaft, verlogene Vorspiegelungen hergelodete Streikbrecher über den Stand der Dinge aufzuklären und sie von dem Verrat ihrer kämpfenden Kollegen abzuhalten u. s. w. Scharfmacher von dieser Sorte saßen bereits in erheblicher Anzahl im alten Reichstag, nach den Absichten der Unternehmerorganisationen soll ihre Zahl im neuen Reichstag noch weiter stark vermehrt werden, um endlich das deutsche Nationalzuchthaus aufzurichten zu können. Zu diesem „edlen Zweck“ ist in Sachen der bekannte Ober-scharfmacher Geheimrat Zende, früher Direktor bei Krupp in Essen, als Reichstagskandidat aufgestellt worden und, im Hinblick auf diesen „edlen Zweck“, in Jena der reaktionäre Nationalliberale Wassermann nicht wieder als Reichstagskandidat aufgestellt worden, weil er im Jahre 1899 die verächtliche Zuchthausvorlage bekämpfte. Und so frech erberückte Zuchthausvorlage bekämpfte: Und so frech erhebt die Reaktion, die Scharfmacherbande, in einem Wahlkreis, in einer Stadt ihr Haupt, in der das Zeißische Institut mit seinen tausend Arbeitern unter der Leitung des vortrefflichen Professors Abbe als ein Riesenmusterbetrieb blüht, der einen Welttrauf genießt und ganz Deutschland zur Ehre gereicht.

Es darf auch angesichts der bevorstehenden Neuwahlen nicht darauf vergessen werden, daß der alte Reichstag zwar die Zuchthausvorlage verworfen, aber ebenso es abgelehnt hat, das Koalitionsrecht der Arbeiter auszubauen und gegen Uebergriffe der Unternehmer wie der Behörden zu schützen. Es war die sozialdemokratische Fraktion, welche in der Session 1899/1900 bei der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle, welche die Stellenvermittlung, Ruhezeit der Ladenangestellten, Lohnbücher für die Konfektionsbranche u. dergl. den Ausbau des Koalitionsrechts der Arbeiter versuchte, damit aber auf den Widerstand aller bürgerlichen Parteien stieß. Mit der Ablehnung der Zuchthausvorlage glauben die bürgerlichen Parteien genug für die Arbeiter getan zu haben.

Zu positiver sozialpolitischer Arbeit war überhaupt, wie immer, bei den bürgerlichen Parteien wenig Neigung vorhanden und das wenige, das in der verflochtenen Legislaturperiode geschaffen wurde, ist der unablässigen scharfen Kritik der sozialdemokratischen Abgeordneten an den bestehenden zahlreichen Mißständen, an der Unzulänglichkeit der vorhandenen sozialen Gesetzgebung und der durchaus unbefriedigenden Durchführung derselben sowie der unablässigen Anspornung zur Fortführung der sozialen Gesetzgebung zu danken. Gleich in der ersten Session 1898/99 brachte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eine Reihe von sozialpolitischen Anträgen ein, welche die Revision des Gewerbegesetzes im Sinne der obligatorischen Errichtung von Gewerbegerichten, der erheblichen Ausdehnung des Wirkungsbereiches derselben, der Wahlbarkeit weiblicher Personen und Beginn des aktiven und passiven Wahlrechts mit dem 20. Lebensjahr verlangten, ferner die Vorlegung eines Reichsbürgergesetzes, weiter die Errichtung von Betriebsaufsichtsbehörden nach folgenden Grundsätzen: die Aufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe im Gewerbe, einschließlich der Heimarbeit, Handel, Verkehr, Bergbau, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Schifffahrt. Sie wird einer Reichszentralaufsichtsbehörde übertragen, welche dieselbe nach Inspektionsbezirken zu organisieren hat. In den Inspektionsbezirken wird die Betriebsaufsicht von Reichsbeamten und Beigeordneten gemeinsam ausgeübt mit dem Rechte, ihre Anordnungen zwangsweise durchzuführen. Die Beigeordneten sind auf Grund eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von den Hilfspersonen aller Betriebe zu wählen. Weibliche Beamte und Beigeordnete sind entsprechend der Zahl der in den Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfspersonen anzustellen, beziehungsweise zu wählen. Endlich wurde von der Regierung die Vorlegung eines Gesetzentwurfs verlangt, durch welchen die regelmäßige tägliche Arbeitszeit für alle im Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen auf acht Stunden festgesetzt wird. Ein letzter Antrag verlangte freies Vereins- und Versammlungsrecht als die Voraussetzung jedes ernstgemeinten Arbeiterchuttsgesetzes.

Alle diese Anträge wurden natürlich abgelehnt, dem

die bürgerlichen Parteien haben sich gleichsam verschworen, der sozialdemokratischen Partei unter keinen Umständen den Raum zu lassen, irgend ein gutes Gesetz geschaffen zu haben, das gestattet ihnen die parteipolitische Konkurrenz nicht. Wenn es nicht mehr anders geht, wenn etwas getan werden muß, dann greifen die bürgerlichen Parteien, vor allem das Zentrum, die sozialdemokratischen Gedanken auf, um sie in ihrer Weise, die gewöhnlich eine Verzerrung des Originals ist, zur Tat zu machen. So ist denn auch das Gewerbevertragsgesetz revidiert und etwas verbessert worden, aber das neue Gesetz steht weit hinter den sozialdemokratischen Forderungen zurück. In Bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit sind 1899 die Erhebungen über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen gemacht und im Jahre 1902 zum Teil wiederholt worden. Heute stehen wir aber noch genau auf dem gleichen Platze wie im Jahre 1898.

Von weiteren Anträgen der sozialdemokratischen Fraktion seien noch erwähnt: Errichtung eines Reichsarbeitsamts, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern, Verbot der gewerbmäßigen Beschäftigung von Kindern im Alter von unter 14 Jahren, Erweiterung der gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen, insbesondere der Schwangeren und Wöchnerinnen, Verbot der Fabrikation von Phosphorzündhölzchen, Erweiterung und Sicherung der Pressefreiheit etc. Im Zusammenhang damit seien erwähnt das vom Reichstag im März 1903 erledigte Kinderschutzgesetz und das Phosphorgesetz, das in den letzten Sitzungen des Reichstags noch seine Erledigung gefunden hat. Zu erwähnen ist auch das kleine Reichsvereinsgesetz, das das Verbindungsverbot der einzelstaatlichen Vereinsgesetze beseitigt.

Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes wurde zwar von der kompakten bürgerlichen Majorität alter Uebung gemäß ebenfalls abgelehnt, aber in den Etat für 1901 zum ersten Male zwei Millionen Mark zur Förderung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering-besoldete Beamte eingestellt und auf Anregung von sozialdemokratischer Seite folgender Resolution zugestimmt: „Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß die bewilligten Summen nur Verwendung finden, wenn bei Festsetzung der Mietpreise der mit Mithilfe des Reiches errichteten Wohnungen nur die landesübliche Verzinsung und Amortisation des zum Bau der Häuser aufgewendeten Kapitals sowie die Kosten der Verwaltung und Instandsetzung in Anrechnung gebracht werden und daß die Häuser späterhin keinem andern Zwecke dienen dürfen.“

Nicht unerwähnt soll ferner bleiben, wie der Vertreter der sozialdemokratischen Partei, Genosse Wurm, bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern nachdrücklich die Forderungen der Steinarbeiter, die in der Denkschrift niedergelegt waren, vertrat. Ohne diese Vertretung hätte die Reichsregierung ganz gewiß dem Bundesrat eine bedeutend schlechtere Verordnung, als die erlassene, unterbreitet.

Noch sei zweier sozialdemokratischer Interpellationen Erwähnung getan. Die erste, im November 1900 gestellt, betraf die berüchtigte 12000 Mark-Affäre, von der man durch den veröffentlichten Wuch-Brief Kenntnis erhielt und welche die Regierung als Handlanger des Schwarzmacherverbandes an der Arbeit der Reaktion, am Werke der Zucht-hausvorlage zeigte. Der Reichskanzler versprach zerknirscht, daß sich diese Korruption nicht wiederholen werde, das heißt, man wird nicht mehr um Gelder zur Bekämpfung der Arbeitererlasse bei den Schloßbaronen betteln, sondern ohne weiteres die Mittel des Reiches dazu benutzen.

Die zweite im Januar 1902 gestellte sozialdemokratische Interpellation betraf den durch die allgemeine Wirtschaftskrise unter den deutschen Arbeitern verursachten Notstand, unter dem viele Millionen von Arbeitern litten, und der auch heute noch, wenn auch etwas gemildert, andauert. Die Regierung konnte zwar nicht den Notstand an sich bestreiten, aber sie bestritt das Vorhandensein eines „außergewöhnlichen Notstandes“. 500 000 Arbeitslose, mit denen anderthalb Millionen Frauen und Kinder hungern, Millionen andre, die nur wenig Arbeit und schlechten Verdienst haben, sind in den Augen einer feudalkapitalistischen Klassenregierung nur „Schönheitsfehler“ der im übrigen vollkommenen göttlichen Weltordnung. Auf denselben Standpunkt stellten sich auch die Redner der bürgerlichen Parteien, dadurch ebensoviel Unfähigkeit wie bösen Willen bekundend. Die Beratung der Interpellation wurde nach einem Jahre, im Januar 1903, fortgesetzt, und sie wird nun durch das Ende des Reichstags begraben. Der sozialdemokratische Redner hatte zur Vorbeugung bzw. Milderung der Krisen gefordert: zehnstündige Maximalarbeitszeit mit Verkürzung bis auf acht Stunden, die Schaffung eines Reichsarbeitsamtes, die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze, die Einführung einer Reichs-Arbeitslosenversicherung, Weiterbeschäftigung der Arbeiter durch die Post-, Eisenbahn- und Militärverwaltung, eventuell Arbeitszeitverkürzung, auf keinen Fall aber Entlassungen und Vernehrung der Arbeitslosen. So war ein gangbarer Weg gezeigt, der böse Wille der herrschenden Klasse lehnte aber wie immer alles ab und hatte nur gute, schöne Worte für die Millionen hungernder Proletarier.

So war es wiederum, wie seit 30 Jahren, auch in der verflochtenen fünfjährigen Legislaturperiode des Reichstags einzig die sozialdemokratische Partei, die mit Eifer, Begeisterung, Energie und Geschick die Arbeiterinteressen vertrat, damit auch alle jene Fragen und Interessen, die insbesondere die Gewerkschaften und ihre Aufgaben betreffen. Dadurch wird auch die Stellungnahme der Gewerkschaftler zu den bevorstehenden Reichstagswahlen bestimmt und entschieden.

Es ist ihre Pflicht als Arbeiter und Staatsbürger, durch Agitation und Stimmabgabe dazu beizutragen, daß diese Partei am 16. Juni einen glänzenden Erfolg erzielt. Darum, alle an die Wahlurne!

## Arbeiterversicherung im Zarenreiche.

xxx Schon seit längerer Zeit beschäftigt sich das öffentliche Interesse in Rußland mit der Frage der Arbeiterversicherung. Das ist eins der Resultate der Kämpfe der letzten Jahre. Noch vor etwa zehn Jahren dekretierte die Regierung kurz und bündig, daß es in Rußland überhaupt keine Arbeiterfrage gebe, und jetzt steht man mitten drin in all dem Wirrwahl der Fragen, die mit der Entstehung und Entwicklung der Arbeiterklasse verknüpft sind. Niemand wird jetzt mehr daran denken wollen, das Dasein von Arbeiterinteressen zu bestreiten. Worum es sich jetzt handelt, das ist die Umgebung dieser Interessen, das ist ihre Ver-

schleierung und die Niederhaltung berechtigter Forderungen, die aus dem Dasein dieser Interessen entspringen. Zwei Mittel sind es, die dabei jetzt in Rußland hauptsächlich in Anwendung kommen. Das eine ist polizeitechnischer Natur und kommt in der Agitation des Polizeidepartements gegen die revolutionäre Bewegung zum Ausdruck, indem den Arbeitern die Nützlichkeit des nur wirtschaftlichen Kampfes vorgehalten wird. Das andre Mittel greift in das Gebiet der „Arbeiterfürsorge“ des absolutistischen Staates über, es ist die Scheuerei mit der Arbeiterversicherung. Das Polizeidepartement mit ihren blauen, der „heilige“ Synod mit ihren schwarzen Gendarmen, die Polizeibulletins und die Pergamente der höheren Bureaufürsorge in Petersburg, — alles ist jetzt daran, die Arbeiterklasse in ihre Netze einzufangen. Die Projekte der Arbeiterfürsorge haben jetzt hohen Kurswert; fast täglich taucht ein neues auf. Es sind gerade zehn Jahre, daß man eine Revision des bestehenden Modus der Entschädigung von unfallbetroffenen Arbeitern ziemlich rege diskutierte; doch daraus konnte damals nichts werden. Die Unternehmer wollten von einem noch so jämmerlichen Haftpflichtgesetz nichts wissen. Die Eisenindustriellen, die sich schon damals als Staat im Staate fühlten, machten bei der Regierung eine umfassende Eingabe über die Entschädigungsfrage, in der sie nach berühmten Mustern den Gedanken ausführten, daß eine gesetzlich geregelte Haftpflicht die ganze Industrie untergraben würde. Der Eingabe der Unternehmer waren die Zahlen der deutschen Versicherungsergebnisse zu Grunde gelegt, versteht sich, in entsprechender Bearbeitung. Der Regierung genügte das aber, um die ganze Frage einschlafen zu lassen. In dem Taumel des industriellen Aufblühens vom Jahre 1895 bis 1899 war für solche Dinge keine Zeit übrig, und erst dann, als die Ernüchterung eintrat und die Arbeiter allen Ernstes sich daran machten, die Ergebnisse der blühenden Industrieperiode auch in Beziehung zu ihren Interessen zu prüfen, da tauchten wieder die Fragen der Unfallentschädigung und der Krankenversorgung von neuem auf. Seit einiger Zeit arbeitet unter dem Voritz eines Mitglieds des Finanzministeriums ein Ausschuss der Technischen Gesellschaft in Petersburg an dem Projekt einer allgemeinen Arbeiterversicherung in Rußland, das Ministerium für Landwirtschaft und Bergwerke beschäftigt sich mit der speziellen Frage der Versicherung der Bergarbeiter, und die Presse und Monatsliteratur bringt Artikel über den Stand der Arbeiterversicherung im Ausland. Die Arbeiten der Kommission der Technischen Gesellschaft sind bei der völligen Unzuverlässigkeit der russischen Statistik sehr schwierig; die Kommission geht jetzt daran, die nötigen Daten einzusammeln, was aber Jahre dauern kann. Die bestehende Lage der Entschädigung ist in der Kommission als vollständig unhaltbar befunden worden. Die hierfür in Betracht kommenden Gesetze seien nach den Ausführungen eines der besten russischen Juristen unklar und unvollkommen; der Prozeßweg sei für den Beschädigten äußerst kompliziert und schwierig. Trotz der dem Gesetz anhaftenden Mängel, haben es doch die Arbeiter oft verstanden, von dem Unternehmer eine Entschädigung zu erlangen, was die Unternehmer auf den Gedanken brachte, sich gegen die Forderungen der Unfallbetroffenen zu versichern. In den letzten Jahren sind eine ganze Reihe von Versicherungsgesellschaften entstanden, die hauptsächlich mit der Entgegennahme von Arbeiterversicherungen beschäftigt sind. Es liegt bereits ein reiches Material über die Tätigkeit dieser Gesellschaften sowie auch über die Frage vor, wie diese Art der Abwälzung des Risikos vom Unternehmer auf eine Versicherungsanstalt auf das Unternehmertum und die Arbeiter wirkt. Und da ist es interessant, die Beobachtung zu machen, wie das Unternehmertum in seinen verschiedenen Kategorien immer wieder die Arbeiter übers Ohr zu hauen weiß. Die Erfahrungen, die mit den privaten Versicherungsgesellschaften gemacht worden sind, wären in den folgenden Sätzen zusammenzufassen. Die Praxis der letzten Jahre hat gezeigt, daß die Höhe der Entschädigungsansprüche bei der Versicherung vollständig ohne das Wissen des Arbeiters normiert wird; sie hängt von der Einsicht des Unternehmers ab und dem Arbeiter bleiben auch die sonstigen Bedingungen der Versicherung unbekannt. Am meisten geschieht es so, daß der Arbeiter bei völliger Invalidität eine Summe ausbezahlt bekommt, die man erhält, wenn der Tagelohn des Beschädigten mit 1500 multipliziert wird. Im Todesfall erhalten die Zurückgebliebenen des Verstorbenen zwei Drittel dieser Summe. Wenn wir nun den Durchschnittslohn des russischen Arbeiters gleich 70 Kopeken (etwa anderthalb Mark) annehmen, so ergibt sich, daß der in der privaten Versicherung eingezogene Arbeiter bei vollständiger Invalidität nicht mehr als 1050 Rubel erhält, im Todesfall hinterläßt er 700 Rubel. Aber auch diese Summe erhält der „verschickte“ Arbeiter nur höchst selten. Die Feststellung des Invaliditätsgrades ist seitens der Versicherungsgesellschaften sehr willkürlich. Meistens geht die Sache so: die Gesellschaft lehnt es ab, freiwillig die ganze Entschädigungssumme auszuzahlen, sie schlägt nur die Hälfte oder auch nur ein Drittel vor und zwingt so den Klienten, seinen Fall der gerichtlichen Entscheidung zu unterbreiten. Der Arbeiter hat nun die Wahl, entweder eine kleine Summe zu erhalten, 100 oder 200 Rubel, aber gleich, oder sich auf den Ausgang eines langwierigen Prozesses zu vertrauen. Die Versicherungsgesellschaften haben ihre ständige Rechtsbeihilfe, der es nicht schwer fällt, einen solchen Prozeß in die Länge zu ziehen, und die Praxis hat gezeigt, daß die Unfallentschädigungssachen tatsächlich mehrere Jahre sich hinziehen können.

Die bestehenden Formen der Gerichtspflege, sämtliche Vorteile eines Prozesses, erweisen sich auf Seiten des wirtschaftlich Stärkeren; der Kläger ist sehr oft gezwungen, die Sache fallen zu lassen, da es ihm nicht möglich ist, den ganzen Instanzenzug zu durchlaufen, ja sehr oft, weil er kein Stück Brot hat und froh sein muß, wenn die Versicherungsgesellschaft ihm einige Broden hinwirft. Am besten fahren bei den Prozessen die Rechtsanwälte. Ein früherer Beamter eines der Versicherungsgeschäfte weiß von Fällen zu berichten, wo der Advokat des Klagenen nicht weniger als 60 Proz. der auszuschaltenden Entschädigungssumme erhalten hat. Ähnliches wurde auch auf dem diesjährigen Kongreß der Montanindustriellen in Charkow konstatiert. In dem Januarheft der russischen Revue Wirtschaft und Gesundheit (Promischlenost i Sidorowje) publiziert der von dem Ministerium für Landwirtschaft und Bergwerke nach dem südlichen Rayon der Montanindustrie abkommandierte Beamte N. B. Bertenson sehr interessante Beobachtungen auf dem Gebiet der privaten Arbeiterversicherung, die er in den Worten zusammenfaßt: „Ich habe Gelegenheit gehabt, auf Grund persönlicher Eindrücke und Wahrnehmungen und amtlicher Zahlen mich zu überzeugen, daß die Unfallentschädigungen, die gegen die private Versicherung

erhoben werden, vollauf berechtigt sind.“ Die Reformvorschlüsse betreffs dieser Art der Versicherung gehen nun dahin, daß man einerseits eine Umgestaltung dieser Versicherung wünscht. Der Beamte des Ministeriums für Landwirtschaft hat anschließend an seine Publikation einen eingehenden Vorschlag gemacht, was zur besseren Wahrung der Interessen des Versicherten getan werden müßte. Er fordert größere Berücksichtigung der Arbeiter bei Feststellung der Versicherungsbedingungen, Sicherung einer gerechten Prüfung des Invaliditätsgrades durch Zernhaltung einer Einmischung der Anstalt in die Angelegenheit und Beurteilung der Fälle in besonderen Kommissionen. Andererseits steht man der privaten Versicherung überhaupt skeptisch gegenüber und fordert, wie es auch die Kommission der Technischen Gesellschaft tut, für sämtliche Arbeiterkategorien (die Landarbeiter eingeschlossen) staatliche Zwangsversicherung. Gegen die staatliche Versicherung sprechen aber wieder Bedenken anderer Art. Der ganze Mechanismus des russischen Staates ist zur Bewältigung solcher Funktionen untauglich, die Arbeiterversicherung könnte sehr bald zur Versicherung der Beamtentassen werden, das Versicherungskapital würde nur Herrn Witte Dienste tun, und die Arbeiter kämen in eine noch größere Abhängigkeit von der absolutistischen Regierung, — das sind die Aussichten einer staatlichen Versicherung in Rußland. Nicht minder aktuell wie die Unfallversicherung ist die Frage der Unterstützung der Arbeiter in Krankheitsfällen geworden. Vor noch nicht langer Zeit war ein großer Teil der Industriearbeiter in engeren Beziehungen noch zu dem flachen Land; wurde der Arbeiter krank, so war ihm schon einigermaßen geholfen, wenn er ärztliche Hilfe und Unterstützung für sich in Anspruch nehmen konnte, was durch ein Gesetz vom Jahre 1866 gewährleistet wird. In den 35 Jahren seit dem Erscheinen jenes Gesetzes hat sich aber vieles geändert. Wir haben jetzt in Rußland bis drei Millionen Fabrikarbeiter, von denen die gute Hälfte keine Beziehungen mehr zu dem platten Land hat. Die Familie dieser Arbeiter ist in Fällen, wo ihr Versorger krank ist, dem äußersten Elend ausgesetzt. Die Familien der kranken Arbeiter fallen der öffentlichen Armenpflege in den Städten zur Last, und das macht böses Blut. Die Arbeiter haben hier und dort mit Unterstützungskassen Abhilfe zu schaffen versucht, doch die Administration begegnete bis in die letzte Zeit hinein auch diesen Bestrebungen der Arbeiter nur mit Mißtrauen. Andererseits mußte die große Masse der in Fesseln der Unwissenheit und Vormund-schaft gehaltenen Arbeiter nichts mit diesen Kassen anzufangen, so daß wir ein einigermaßen entwickeltes Unterstützung- und Krankenwesen nur in russisch-Polen und den baltischen Provinzen (Livland und Kurland) finden; und auch hier liegt die Verwaltung der Fabrikkranken-kassen meist in den Händen des Unternehmers allein. Jetzt, wo die Krise wütet und die Arbeitslosen alle Straßen und Landwege füllen, jetzt scheint die Regierung der Gründung von Unterstützungskassen freundlich gegenüberzustehen; es ist aber klar, daß sie nicht aus der Erde gestampft werden können und daß ihre Tätigkeit nur dann die Not etwas lindern könnten, wenn die Regierung sich dazu verstehen möchte, den Arbeitern in ihren Organisationsbestrebungen überhaupt größere Bewegungsfreiheit zu lassen. Aus der ganzen Diskussion über die Frage der Krankenversicherung löst sich allmählich die Forderung heraus, daß die Krankenkassen obligatorisch sein sollen und daß den Arbeitern die gleichen Rechte in der Verwaltung der Kassen wie den Unternehmern eingestanden werden. Die Erfahrungen haben auch in Rußland gelehrt, daß die Arbeiter auf die Dauer sich das Recht nicht nehmen lassen wollen, in Sachen mit-zureden, für die sie ihrerseits ebenfalls finanzielle Opfer tragen müssen. Das hat bereits die Entwicklung des Kranken-kassenwesens in Polen und den baltischen Provinzen gezeigt und der Versuch, diese Lehren zu ignorieren, würde nur zu Konflikten führen, was die Regierung kaum wünschen wird. So wird der Zarisismus von der Flut des Lebens auf allen Gebieten zu Zugeständnissen gedrängt, von denen er noch vor wenigen Jahren nichts hat wissen wollen. Hat auch die jetzt so eifrig besprochene Frage der Arbeiterversicherung nicht praktischen Wert (im Sinne ihrer einigermaßen befriedigenden Lösung, auf die wohl nicht zu hoffen ist), so wird sie doch neues Material für die Agitation und Aufklärung der russischen Arbeiter liefern.

## Zur Bundesratsverordnung.

Kaiserslautern. An die königlichen Bezirksämter ist die folgende, den Betrieb und die Einrichtung von Steinbrüchen und Steinhauereien betreffende Regierungsentschließung vom 7. Mai ergangen: „Nach den Konstatierungen der Gewerbeaufsichtsbeamten in ihrer Revisionsstätigkeit findet die am 1. Oktober 1902 in Kraft getretene Bundesratsverordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Steinhauereien und Steinbrüchen vom 20. März 1902 noch vielfach nicht den gehörigen Vollzug. Es betrifft dies namentlich die Einhaltung der Maximalarbeitszeiten, die Herstellung von Schutzhallen sowie von Aufenthaltsräumen und deren Ausstattung, dann die Anbringung von Aushängetafeln. Die königlichen Bezirksämter werden daher beauftragt, zur Verständigung der einzelnen Betriebsinhaber beaufsichtigt die erforderlichen Vorkehrungen in angemessener Frist, dann zur Vollzugskontrolle und erforderlichenfalls zur Veranlassung von Strafeinschreitung die Ortspolizeibehörden ungelangt mit entsprechender Weisung zu versehen.“

Dieser Erlass zeigt, daß nicht im geringsten die Verordnung durchgeführt wird, denn die Herren Steinmetzmeister kümmern sich um nichts. Die Verordnung existiert für diese Notablen einfach nicht, alles ist ihnen gleichgültig, sie pfeifen auf die Bundesratsverordnung. Nun endlich gibt die Behörde kund und zu wissen, daß die Unternehmer beunruhigt werden müssen, die Verordnung einzuhalten.

Am Mittwoch, den 3. Juni, finden sich die organisierten Steinmetzmeister in Berlin zusammen, um die ordentliche Hauptversammlung ihres Verbandes abzuhalten. Es soll auch über die Wirkung der Bundesratsbestimmung gesprochen werden. Na, von der Durchführung derselben wird wohl kein Unternehmer berichten können. Wir werden ja sehen, was diese Herren austragen, wahrscheinlich laufen sie Sturm gegen diese Bestimmungen. Hoffentlich fehlt der getreue Eckart aus Ansbach nicht bei dieser horenten Honoration, um sein Sprüchlein, das er im Reichstage vor kurzem abhangelte, auch dort zu wiederholen. Wie wir erfahren, ist eine starke Vertretung bei dieser Zusammenkunft aus dem Rheinlande und Westfalen zu erwarten, wahrscheinlich soll die damals in Witten gefasste Resolution zur Sanktionierung vorgelegt werden. Die Herren sollen aber bedenken, daß es auch noch organisierte Stein-arbeiter gibt.

## Vorkommnisse in Hohkönigsburg.

**Hohkönigsburg (Elsaß).** Bei der Renovierung der kaiserlichen Burg, wo ca. 30 Steinarbeiter beschäftigt sind, finden die Kollegen leider keine günstigen Arbeitsbedingungen vor. Die Bundesratsverordnung wollte man für die Steinarbeiter nicht einführen. Diese machten aber kurzen Prozeß und verschafften auf dem kaiserlichen Bau dieser Verordnung selbst die nötige Respektierung. Die Bauverwaltung mußte sich bequemen, Kleinaut beizugeben. Allerdings sind die Kollegen alle organisiert und dieselben auch bemüht, die Macht der Organisation dazu zu benutzen, um der Bauverwaltung zu zeigen, daß man über die Köpfe der Steinmetzen hinweg nicht über die Löhne disponiert, wie es sich die Verwaltung vorgenommen hat. Im April setzten die Steinarbeiter nachstehende Preise fest, die bis zu Anfang Mai bezahlt wurden. Nun auf einmal sieht die sachmännische Bauverwaltung, daß die Preise zu hoch sind und bedingungslos setzt man dieselben herab. Den ganzen Tarif nebst der in Aussicht genommenen Reduzierung bringen wir hier zum Abdruck, um zu zeigen, wie die kaiserliche Bauverwaltung privatkapitalistischen Unternehmerpraktiken nachzugehen vermag.

Einheitspreise für Steinhauerarbeiten bei der Bauverwaltung der Hohkönigsburg.

Nr.	Bezeichnung	Im April 1903		Im Mai 1903	
		abgestellte Preise	abgestellte Preise	geänderte Preise	geänderte Preise
1	Wehrgang-Platten, für d. Quadratmeter	9	—	6	50
2	Dosenquader, für den Kubikmeter	25	—	22	—
3	1/2 Zuschlag für Gesteine und doppelhäuptige Steine	33	—	30	—
4	Hochschloß- und Wehrgang-Konsolen, für den Kubikmeter	48	—	45	—
5	Hochschloß-Binder, für den Kubikmeter	40	—	38	—
6	Hochschloß-Duerbalken, f. d. Kubikmeter	50	—	40	—
7	Bergfrid-Mantelsteine, gepißt, f. d. Kubm.	30	—	30	—
8	1/2 Zuschlag für Gesteine, f. d. Kubikmeter	40	—	40	—
9	Bergfrid, Duerbalken, hintere	38	—	—	—
10	Bergfrid, Duerbalken, vordere	50	—	—	—
11	Hochschloß, Bänke, Gewände u. Stürze (gepißt), für den Kubikmeter	60	—	54	—
12	Desgleichen für den Bergfrid	50	—	—	—
13	Konsole für die Zwingermauern, Bogensries (kleine), für das Stück	2	50	2	—
14	Konsole für die Wehrgänge, f. d. Stück	3	—	2	50
15	Bänke, Gewände, Stürze zc. für Scharten an den Zwingermauern (gepißt), für den Kubikmeter	40	—	36	—
16	Konsole für den Bergfrid, für den Kubikm.	50	—	—	—
17	Gewölbesteine, Stüchbalken	50	—	—	—
18	Rinnenstücke nach besond. Vereinbarung	—	—	—	—
19	Quader, Pfeilerstücke und sonstige geflächte Arbeit im Bergfrid, f. d. Kubikm.	65	—	60	—
20	Gepißte Treppentufen (Kopfmittelmessen) für den Meter	3	—	2	50
21	Geflächte Fenstergewände und Stürze am Hochschloß, für den Kubikmeter	80	—	80	—
22	Platten, für den Quadratmeter	4	50	4	—
23	Duerbalken, Mitterjaal, f. d. Kubikmeter	—	—	35	—

Beinah überall wurde gezwackt, trotzdem die Löhne hier sehr niedrig sind. Wir machten gegen eine solche Zumutung sofort energisch Front und hoffen, der kaiserlichen Bauverwaltung beibringen zu können, daß es nicht angängig ist, bei derartigen Bauten die Löhne der Arbeiter um einen erheblichen Prozentsatz herabzusetzen. Auch die Behandlungsmethode des amtierenden Poliers läßt zu wünschen übrig und die Steinmetzen empfehlen diesem Herrn, den Bogen nicht zu scharf zu spannen. Die Steinmetzen von der Hohkönigsburg werden dank der Steinarbeiterorganisation bemüht sein, die nicht zu glänzenden Zustände etwas besser zu gestalten.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Nachdem unsere in Nr. 18 veröffentlichte Aufforderung, die noch außenstehenden Quartalsabrechnungen endlich einzusenden, fast unbeachtet geblieben ist, sehen wir uns nochmals veranlaßt, die Zahlstellen zu veröffentlichen, von denen die Abrechnungen noch ausstehen. Wir eruchen nun vor allen Dingen die Gauvorstände und die Revisoren, in benannten Zahlstellen nachdrücklich darauf zu dringen, daß die Quartalsabrechnungen sofort eingeschickt werden. Diese grenzenlose Nachlässigkeit erschwert die Geschäftsführung ungemein, und erwarten wir deshalb im Interesse einer geordneten Geschäftsführung, daß die Revisoren ihrer Pflicht nachkommen.

- Gau I: Königsberg, Posen.
- Gau II: Preußen.
- Gau III: Bausen, Häslich i. Sachsen, Bittau.
- Gau IV: Grimma, Plauen, Rößlich, Wechselburg.
- Gau V: Göttingen, Kronach, Reiffenhausen, Hoop b. Kassel.
- Gau VI: Alvensleben, Braunlage.
- Gau VII: Bonn, Düsseldorf, Duisburg, Köln, Elberfeld, Werden.
- Gau IX: Fachsenbach, Weidenhahn.
- Gau X: Ludwigshafen, Schriesheim.
- Gau XI: Kolmar, Konstanz, Weß, Segau-Lösch.
- Gau XII: Neuenstein-Dehringen.
- Gau XIV: Ebelbach, Nürnberg.
- Gau XV: Marktleuthen.

Der Obmann des Verbandsauschusses, **Artur Schmidt**, wohnt nicht mehr Spenezstraße 8, part., sondern Wittenberger Straße 22, I, in Striesen.

Die Vertrauensleute resp. Lokalvorstände werden ersucht, im Quittungsbuch unter Bemerkungen für den Vorstand oder die Vertrauensleute bei Ausstellen der Reisetkarte folgenden Vermerk einzutragen und mit dem Stempel zu versehen:

I. Reisetkarte ausgestellt in . . . . . am . . . . .  
Ort und Datum: . . . . .  
Namen und Stempel: . . . . .

Bei jeder weiteren Ausstellung der II., III. und folgenden Karte ist ebenso zu verfahren.

## An die Steinarbeiterverbreiter.

Dieser Sendung liegen die Nummern 22 und 23 bei. Um den Postsaß richtig auszunutzen, machten sich mehrere Teilpatete notwendig. Trotzdem alle Pakete gleichzeitig zur

Post abgeliefert wurden, kann es vorkommen, daß die eine Sendung erst etwas später (vielleicht mit einem anderen Postzuge) eintrifft, die Kollegen mögen deshalb nicht gleich bei der Steinarbeiterexpedition reklamieren wegen Nichtankunft der Sendung. **Dieses zur Beachtung.**

## Korrespondenzen.

**An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Oktobogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Tinte und nur auf einer Seite zu schreiben.**

**Chemnitz.** Am Dienstag, den 12. d. M., tagte hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung, welche sich hauptsächlich mit der Aussperrung beschäftigte. Es wurde bekannt gegeben, daß in dieser Angelegenheit noch keine Aenderung eingetreten ist. Nach eingehender Debatte wurde beschlossen, sich direkt an die Steinmetz-Zunft zu wenden behufs Aufhebung der Sperre. Nachdem noch verschiedene Angelegenheiten geregelt waren, und der Vorsitzende aufgefordert hatte, wenn es möglich ist, abzureisen, erfolgte Schluß der Versammlung. Folgender Bescheid ging dann von der Zunft ein: „Auf Ihr Schreiben vom 13. Mai teile ich Ihnen im Auftrage des Zunftvorstandes mit, daß derselbe Kenntnis von Ihrem Schreiben genommen hat und dasselbe der im Laufe der nächsten Woche stattfindenden Zunftversammlung zur Beratung vorlegen wird. Es wird Ihnen dann Bescheid darüber zugehen. Der Vorstand der Steinmetz-Zunft zu Chemnitz.“

**Friedenhausen bei Würzburg.** Am Sonntag, den 10. Mai, Nachmittags 4 Uhr, tagte in Friedenhausen eine leider mäßig besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung. Referent Koll. August Kretschmar legte den anwesenden Kollegen dar, wie notwendig es ist, sich zu organisieren. Sein Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Hierauf entspann sich eine lebhafte Debatte, denn der Herr Bürgermeister war anwesend und versuchte die Ausführungen des Referenten zu bekämpfen, was natürlich dem Herrn mißglückte. Es waren u. a. noch anwesend der Genosse Klampfer von Zirnborf, welcher die Reichstagskandidatur für diesen Kreis inne hat, sowie Kartellvorsitzender Genosse Wilhelm Herrmann von Würzburg. Genosse Klampfer ermahnte die Kollegen, den Appell des Referenten zu beherzigen und fest zusammen zu stehen, um den Ausbeutern geschlossen gegenüber treten zu können, was auch von den Anwesenden versprochen wurde. Der Herr Bürgermeister gab nun zu, daß seine Ansicht eine — irrige gewesen sei. Genosse Herrmann erklärte sich mit dem Handeln des Bürgermeisters einverstanden, das heißt, nur so weit, daß er (der Bürgermeister) noch ein ehrlicher Gegner sei und uns frei gegenübertritt, was allerdings der Herr Pfarrer von Ochsenfurt nicht ist, denn dieser hat sein Programm gegen uns Vormittags in der Kirche festgelegt. Aber auch in Arbeitervereinen und in Zentrumsversammlungen bekommt keiner das Wort, der einen andern Standpunkt einnimmt. Hoffentlich gelingt es dem Herrn Bürgermeister, daraufhin arbeiten zu können, daß auch von ihrer Seite aus uns Redefreiheit gewährt wird in ihren Versammlungen. Außerdem glauben wir doch, daß der Herr Pfarrer für das Wohl der Seele zu sorgen hat, nicht aber, uns zu bekämpfen. Wir glauben, daß das Wohl der Seele nicht verloren geht, wenn wir nach Verhältnissen streben, die uns ein menschenwürdiges Dasein bieten und das müssen wir erlangen; mag nun der hochwürdige Herr handeln, wie er will. Den Steinarbeitern von dort aber rufen wir zu: Hinein in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, da ist Euch die Gelegenheit geboten, Eure so bedrückte Lebenslage zu verbessern. Und bedenkt das Wort: O Volk, bedenk, daß du es bist, das stets und stets betrogen ist. Wacht auf aus Euren tiefen Schlummer, von dem Ihr noch befallen seid. Den Kollegen von hier ist es fast unmöglich gemacht, eine Zahlstelle zu gründen, da die Unternehmer einen kolossalen Ferrorismus ausüben. Trotzdem schlossen sich 6 Mann als Einzelzahler dem Verband an. Es ist uns jetzt für die Zukunft unmöglich, wieder einen Saal zu erhalten.

**Greiz.** Am 12. Mai fand eine Mitgliederversammlung statt. Zum ersten Punkt: Verbandsangelegenheiten, wurden die Kollegen ermahnt, die Beiträge pünktlich zu entrichten. Im zweiten Punkt wurde über die Bundesratsverordnung debattiert. Durch das Anführen der vielen Mißstände, welche auf den Arbeitsplätzen vorhanden sind, wurde beschlossen, einen Bericht an den Gewerbeinspektor zu richten betreffs Beseitigung der Uebelstände. Die Kollegen sprachen sich noch aus über Zweck und Nutzen eines Arbeitersekretariats. Die Versammlung beantragte, dahin zu wirken, daß ein solches zu Stande kommt. Es wurde noch die Zahlstelle Plauen i. V. einer scharfen Kritik unterzogen, weil daselbst Beitrag 2. Klasse bezahlt würde, wo in Plauen doch der Verdienst verhältnismäßig höher ist als in Greiz. Als Revisor wurde Kollege Max Roscher gewählt.

**Hamburg II.** Am 10. Mai fand bei v. Salzen, Caffamacherreihe 15/17, unsere Mitgliederversammlung statt. Vortrefflich verlas der Schriftführer das Protokoll von der vorletzten Versammlung, welches von den Mitgliedern anerkannt wurde. Zur Annahme hatten sich drei Kollegen gemeldet, dieselben wurden in den Verband aufgenommen. Auch hatten sich die Kollegen Berg und Jürgens zum Eintritt in unsern Verband gemeldet, die Aufnahme wurde verschoben mit dem Bemerkten: Wenn es ihr Wille sei, uns anzugehören, dann sollten sie selbst in die Versammlung kommen. Alsdann wurde in den ersten Punkt der Tagesordnung: Der Stand unserer Lohnbewegung, eingetreten. Hierzu sprach Kollege Siebold, zuvor verlas er das Schreiben, welches von Seiten der Lohnkommission an die Meister geschickt sei. Er führte aus, daß die Meister sich nicht alle veranlaßt gefühlt hätten, zu schreiben. Auf unser Schreiben hätten Meister Reimer und unser früherer Kollege Kühz geantwortet. Herr Reimer teilte uns mit, daß er sich nicht persönlich mit uns einlassen könnte, da er Mitglied der Bauhütte sei. Herr Kühz schrieb, was die andern Meister bewilligten, würde er auch bezahlen. Dies sei ja immer die Ausrade, womit die Herren Meister sich aus der Klemme ziehen. U. a. führte Siebold dann noch an, daß das Einigungsamt von unserer Seite angerufen sei, das Resultat der Verhandlung müßten wir abwarten. Der Vorsitzende legte den Kollegen die Differenzen klar, welche bei Behrens u. Sohn in Altona entstanden sind. Er teilte mit, daß dieselben zu unsern Gunsten geschlichtet sind. Nachdem noch einige Kollegen im Sinne der Lohnbewegung gesprochen hatten, wurde zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Bericht vom Kartell und Wahl eines Delegierten übergegangen. Siebold teilte der Versammlung mit, daß er der letzten Kartellführung beigewohnt habe, da der Kollege W. Lauter, als unser Delegierter, den Sitzungen nur wenig Interesse entgegenbrachte; aus diesem Grunde macht es sich erforderlich, einen neuen Delegierten zu wählen. Siebold gab ferner bekannt, daß die Tapezierer sich wegen Unterfühlung an das Kartell gewandt hätten, dieselbe sei ihnen auch gewährt. Der Beitrag für uns belaufe sich auf 7.25 Mark, welche aus der Kasse bezahlt werden. Als Delegierter wurde der Vorsitzende, im Behinderungsfalle dessen Stellvertreter gewählt. Im dritten Punkt der Tagesordnung: Innere Verbandsangelegenheiten, wurde der Antrag Geumann angenommen. Derselbe lautet: Bei Erhebung von Extrasteuer wird der Vorstand verpflichtet, Quittungsmarken für dieselbe herauszugeben. Die Regulierung, in welcher Preislage dieselben herausgegeben werden sollen, bleibe dem Vorstand überlassen. Das Verhalten einiger Kollegen zur Maifeier wurde kritisiert. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß diese Kritik nicht richtig sei, da wir keinen direkten Beschluß, die Arbeit ruhen zu lassen, gefaßt hätten. Nachdem noch einige Werkstätten-Angelegenheiten erörtert wurden, war 6 1/2 Uhr Schluß der Versammlung.

**Hannover.** Am 12. Mai fand bei Löffler, Marktstr. 18, eine mäßig besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Martin Bericht von der Konferenz in Hildesheim. Der Gauvorstand hat seinen Sitz in Hameln. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Müller gewählt. In Zukunft sind 5 Pfg. Extrasteuer für den Gau zu entrichten. Zum 2. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartal, die Einnahme betrug 229.63 Mk., die Ausgabe 140.55 Mk. Sodann verlas der Kassierer die Restanten des Steinarbeiters. Dieselben sollen noch mal gemahnt werden, ehe sie veröffentlicht werden. Hierauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Im 3. Punkt der Tagesordnung wünscht Kollege Brandt, daß in Zukunft bei jeder Quartalsabrechnung die Mitgliederliste verlesen wird unter Bekanntgabe der eingezahlten Beiträge, um Rückstände zu verhindern. Nach längerer Debatte über den 1. Mai und seine Bedeutung stellt Kollege Brandt den Antrag, für den 1. Mai 1 Mk. zu entrichten; derselbe wird einstimmig angenommen. Zum 4. Punkt stellt Brandt dann den Antrag, Kollegen mit weniger wie 12 Mk. Wochenverdienst vom Beitrag zu befreien, jedoch sollen solche Fälle vom Vorstand genau untersucht werden. Sodann verlas der Vorsitzende einen Brief aus Niefa, in dem mitgeteilt wird, daß ein Kollege Galling dort in den Büchern nicht zu finden ist, derselbe wurde aufgenommen, muß aber die am Ort gearbeiteten Wochen nachbezahlen.

**Würzburg.** Am 3. Mai tagte hier eine schlecht besuchte öffentliche Steinarbeiterversammlung. Kollege Kretschmar streifte das mittelalterliche Zunftwesen. Ferner geisterte er besonders scharf das Gebaren der Unternehmer, die auch nicht im geringsten die Bundesratsverordnung zur Durchführung gelassen lassen wollen. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, einzutreten für die Verordnung, die vom Bundesrat gelangt, schloß er seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Es wurde hierzu eine dementsprechende Resolution einstimmig angenommen: Die anwesenden Kollegen versprechen, tatkräftig für den Ausbau unsres Verbandes zu agitieren, sowie Material zu sammeln, um es dem Gewerbeinspektor vorzulegen. Zu einer Diskussion kam es nicht. Es wurde noch beschlossen, alle Klagen über Nichterhaltung der bestehenden Vorschriften an August Kretschmar, Blaue Glode, anzubringen, der dann beim Gewerbeinspektor Anzeige erstattet.

**Rebra.** Am 13. Mai fand eine Versammlung der Steinarbeiter von Rebra und Umgegend statt. Beim 1. Punkt der Tagesordnung wurde ein neuer Vorsitzender gewählt, und zwar Kollege Peter Rebban. In der Angelegenheit betreffs der Tarifkürzungen beschloß die Versammlung, den Weg, den die Zentralleitung vorschreibt, hochzuhalten. Mit der Ausführung wird die gewählte Kommission mit dem Vorstand beauftragt. Das Sommerfest soll wie alljährlich stattfinden. Zum Schluß ermahnte Kollege Rebban, die Kollegen möchten ihren Pflichten gegenüber der Organisation besser nachkommen; denn nur kampfbereit können wir etwas erzielen, deshalb fort mit den persönlichen Reibereien.

**Wirges (Hessen-Nassau).** Die Granitarbeiter sollen sich ja nicht durch verlodende Injektate, wie solche in Bensheim und andern bürgerlichen Blättern stehen, verleiten lassen, nach Wirges zu kommen. Es wurden den Steinarbeitern 5-6 Mark pro Tag garantiert, aber die Garantie wurde nicht eingehalten. Es wird uns Afford aufgezungen und es werden Preise angefeßt, wo wir nicht einmal die Hälfte des obigen Sazes zu verdienen vermögen. Die Granitarbeiter mögen deshalb ihre Arbeitskraft anderweitig als in Wirges an den Mann bringen.

**Budapest.** Ann. d. Red.: Nachstehender Bericht war für die Nr. 21 bestimmt und auch schon gesetzt. Deswegen war unter der Rubrik Internationales auf diesen Bericht Bezug genommen. Wegen Stoffandrangs mußte er im letzten Augenblick zurückgestellt werden, währenddem in genannter Rubrik keine Aenderung mehr möglich war.

**Budapest.** Die Budapester streitenden Kollegen haben von den Arbeitgebern am 10. d. M. eine Zuschrift erhalten, in der sie folgendes mitteilen: Wenn die Arbeit am 11. d. M. morgens in sämtlichen Werkstätten nicht aufgenommen wird, so sind die Kollegen als entlassen zu betrachten; die Arbeitskräfte sind in der Korporation ohne Hinderung zu begeben. In diesem Falle entziehen die Arbeitgeber die bisher erreichten Forderungen und treten in gar keine Verhandlung mehr mit dem Komitee. Das war das letzte Ultimatum von den Arbeitgebern, mit dem sie den letzten Schredschuß abgeben wollten, und die Organisation zu zerstören. Aber sie haben sich jämmerlich getäuscht. Am 11. d. M. hielten die Kollegen eine öffentliche Versammlung ab, in der diese Zuschrift einer scharfen Kritik unterzogen und als ein Schredschuß bezeichnet wurde. Dann wurde eine geheime Abstimmung vorgenommen darüber, ob die Arbeit bei den bisher erreichten Forderungen aufgenommen oder ob weiter gekämpft werden soll. Es waren 11 Stimmen gegen und 400 Stimmen für Fortführung des Streiks; demnach dauert der Streik fort. Es ist die achte Woche des Streiks, aber die Stimmung ist noch wie am ersten Tag. Bis jetzt fand sich noch kein Streikbrecher. Die Arbeitgeber haben beschlossen, einen neuen (den dritten) Tarif auszuarbeiten, den Minimallohn, eine Lohnerhöhung von 10 Prozent und noch kleinere Forderungen. Jetzt handelt es sich um die Verkürzung der Arbeitszeit und um die Regelung des zu zahlenden Kontogeldes. Das Zusammenhalten ist ein sehr festes, das Streikkomitee wird alle Möglichkeiten anbahnen, damit die Forderungen durchgeführt werden. Das Streikkomitee ersucht alle Kollegen, die Solidarität zu betätigen und den Zug fernzuhalten.

## Soziales.

**Zum Bauarbeiterschuß in Nürnberg.** (Die Nürnberger Maurer und Steinhauer im Kampf um die Einführung der Bundesratsverordnung betreffend neunstündige Arbeitszeit im Steinmetzgewerbe.) Nachdem weder die Ortspolizeibehörde noch der Gewerbeinspektor sich gehörig dafür ins Zeug gelegt haben, die Bundesratsverordnung auf den Baustellen zur Durchführung zu bringen, hat die Bauarbeiterschußkommission sich entschlossen, jeden Unternehmer, der gegen die Verordnung verstößt, zur Anzeige zu bringen. Bis jetzt sind neun der größten Unternehmer resp. Baufirmen angezeigt worden. Von städtischen resp. staatlichen Bauten wurden von der Anzeige betroffen: Theaterneubau, zwei Schulhausbauten, Neubauten am weißen Turm, Postneubau und Landbauamt. — Neuerdings verlautet, daß die Ortspolizeibehörde nunmehr die Verordnung strikte durchführen will.

Die Zunft der Maurer, Steinhauer- und Zimmermeister hat gegen den Beschluß des Polizeienats über den Vollzug der Bundesratsverordnung Beschwerde bei der Regierung eingereicht. Die Regierung steht jedoch sachlich auf dem Standpunkt der Ortspolizeibehörde, daß die Bundesratsverordnung sich auch auf die Bauten erstrecken soll, und formell ist, wie aus dem Polizeibericht hervorgeht, die Regierung der Meinung, daß es Sache der Gerichte ist, über die Anwendbarkeit der Verordnung zu befinden. — Es wird sich ja nun demnächst zeigen, wie die Gerichte entscheiden. Für die Steinmetzen in Nürnberg ist die Entscheidung überaus bedeutungsvoll, denn die wirkliche Steinmetzarbeit wird dort direkt am Bau hergestellt, nachdem die ganze Fassade zuvor schon versetzt ist. Allerdings die Bearbeitung der einen Lager und der beiden Stoßfugen geschieht an der

**Baufstelle vor dem Verlegen, auch wird bei glatten Arbeiten zuvor eine provisorische Bearbeitung der Ansichtsflächen gleich vorgenommen, währenddem die Herstellung der Profile, das sogenannte Herunterputzen, nur geschieht, wenn die ganze Front bereits verlegt ist. Dieses Herunterputzen ist für den Steinmeyer zu uferst gesundheits-schädlich, denn derselbe muß den Staub direkt in vollen Zügen einatmen. Ueberdies hat sich durch das Unterakfordantensystem allmählich ein vollständiges Ausbeutungssystem entwickelt. Zwei Kollegen übernehmen meistens das Herunterputzen der ganzen Front, es findet dabei ein Unterbieten statt, das aller Beschreibung spottet. Bei der Arbeit selbst werden zwei Oberwächter an die beiden Enden der Front gestellt, ihnen dann ein hoher Stundenlohn, eine Prämie zum Antreiben, gewährt, und die übrigen schlecht entlohnten Kollegen haben unbedingt, da die Front genau abgeteilt ist, dasselbe zu leisten, wie die genannten Oberwächter. Leider sind die Steinmeyer schwer zu bewegen, sich einer Organisation anzuschließen. Wir werden auf den Urteilspruch sobald er gefällt ist, eingehend zurückkommen.**

### Submissionsresultate.

**Bewahrung des Mittelpreisverfahrens.** Ludwigshafen. Während der Mannheimer Stadtrat das Vergeben der öffentlichen Arbeiten im Submissionswege nach dem Mittelpreisverfahren wieder aufgegeben hat, ist man hier mit diesem Verfahren zufrieden. Im ersten Probejahr hat hier die Stadtkasse 7077 Mk., im zweiten 2858 Mk. mehr ausgegeben, als sie bei der Vergabung der Arbeiten an den Mindestfordernden ausgegeben hätte. Andererseits ist die Arbeit solider geworden, und unter den Handwerker wird mehr gewechselt, als dies früher der Fall war, wo immer einige wenige Firmen den Zuschlag erhielten. Der hiesige Stadtrat beschloß deshalb, das Mittelpreisverfahren beizubehalten.

### Gerichtliches.

**Der Lohnstreik wieder mal eine „Erpressung“.** In Berlin waren vier Arbeiter, die sich aus der Vorsichtigen Fabrik am Streik beteiligt hatten, wegen Verletzung „Arbeitswilliger“ angeklagt. Das Schöffengericht erklärte sich für unzuständig und begründete diese Entscheidung folgendermaßen: Die Streikenden hätten zur Zeit einen Mindestlohn von 50 Pfg. pro Stunde gefordert. Durch die Zeugenaussage des Herrn Direktors Dorn als Vertreter der Firma Vorfig, sei nun erwiesen, daß die fleißigen Dreher schon vor dem Streik über 50 Pfg. bis zu 1 Mk. pro Stunde verdient haben. Wühin seien es nur die weniger fleißigen Dreher gewesen, die sich den 50 Pfg.-Lohn durch Streik erzwingen wollten. (Tatsächlich machte der Direktor Dorn eine ähnliche Aussage, verschwie jedoch, daß auch die Mehrzahl derjenigen Dreher mit in den Streik getreten waren, die wirklich mehr als 50 Pfg. verdient hatten. Bekanntlich taten dies die sogenannten „fleißigen Dreher“ aber nicht etwa, um den sogenannten „weniger fleißigen“ die Faulheit zu stärken, sondern, weil sie wußten, daß sie nur infolge günstiger betriebstechnischer Umstände so viel verdienten, während ihre ebenso tüchtigen und fleißigen Kollegen infolge der mangelhaften Arbeitsverteilung, Preisdrückereien der Meister und eine Reihe anderer in der Betriebstechnik vorkommender Umstände stets nur geringeren Lohn erzielen konnten, auch wenn diese sich noch so sehr anstrengten. Anscheinend kam es Herrn Dorn hauptsächlich nur darauf an, zu konstatieren, daß die Streikenden bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen mußten. Ueber das den Angeklagten zur Last gelegte Streikvergehen selbst wußte er nicht das geringste zu bekunden.) Weil nun, so deduzierte der Vorsitzende weiter, die Streikenden den 50 Pfg.-Lohn durch Streik von der Firma Vorfig erzwingen wollten, so hätten sie sich damit einen rechtswidrigen Vermögensvorteil verschaffen wollen, denn sie hatten noch keinerlei Recht auf die ihnen nicht bewilligten 50 Pfg. Es liege somit Streikvergehen in Idealkonkurrenz mit Erpressung vor, deshalb sei die Sache an die Strafkammer zu überweisen.

„Nach dieser Logik“, so bemerkt richtig der Vorwärts, „wäre einfach jeder Lohnstreik eine Erpressung, und das Koalitionsrecht existierte in der Praxis überhaupt nicht mehr. Die Nutzenwendung würde dann sein: Auf Grund des Koalitionsrechtes dürft ihr Arbeiter zur Erreichung höherer Löhne in einen Streik treten. Tut ihr es aber, so werdet ihr wegen Erpressung ins Gefängnis gesteckt. Für die Vorsichtigen Dreher eröffnet sich aber noch eine besonders schöne Perspektive, denn in Konsequenz der amtsrichterlichen Deduktion könnten noch alle damals am Streik Beteiligten wegen Erpressung in Anklagezustand versetzt werden. Die Firma Vorfig aber würde vielleicht auf viele Monate ihre Dreher los, auch ohne Streik. Aller Wahrscheinlichkeit nach aber dürfte die Strafkammer durch die juristischen Exkursionen des Amtsgerichtsrats Schröpfer einen Strich ziehen.“

### Rundschau.

**Pfändung von Verbandsgeldern.** Bei dem Kassierer einer Zahlstelle des Verbandes der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter wurde wegen einer Privatklage eine Pfändung vorgenommen, wobei der Vollziehungsbeamte die in einer Kasse befindlichen Verbandsgelder in Höhe von 56.05 Mk. beschlagnahmte. Der dagegen von dem Verbandsvorstand erhobene Einspruch blieb unbeachtet, worauf der Klageweg beschritten wurde. Das Urteil, das am 3. Februar d. J. gefällt wurde, lautete auf kostenpflichtige Abweisung der Klage. Eine Prüfung der Frage, ob hier tatsächlich das Eigentum eines Dritten unrechtmäßig gepfändet worden sei, hält das Gericht für unnötig; es begründete die Abweisung der Klage lediglich damit, daß der Verband kein rechtsfähiger Verein sei und als solcher grundsätzlich auch im Prozesse nicht parteifähig sei. Die Vertretung der Rechte im Prozeßwege sei nur dann möglich, wenn sämtliche Mitglieder die Klage erheben und eventuell den mit der Führung der Vereinsgeschäfte betrauten Personen eine Prozeßvollmacht erteilen.

Der Arbeiter, das Organ oben erwähnten Verbandes, bemerkt dazu: „An sich läßt sich gegen eine derartige Auffassung recht wenig einwenden, denn sie entspricht dem starren Buchstaben des Gesetzes. Die Tatsache zeigt aber, welche Ungeheuerlichkeiten sich aus solchem verwickelten Recht ergeben. In der Ausführung der bestehenden Gesetzesvorschriften wird bei den nichtrechtsfähigen Vereinen — dessen sind wir nicht — jede Rechtsverwirklichung unmöglich. Die Ver-

eine werden sich also nicht nur vor der unbeabsichtigten Vermögensschädigung nicht wahren können, sondern auch vor der Schikanösen nicht. Und um solche dürfte es sich auch vornehmlich in diesem Falle handeln. Daß man übrigens bei der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches die Schwierigkeiten, die sich aus solchen Bestimmungen ergeben werden, vorausgesehen hat, geht deutlich daraus hervor, daß man von den Bedingungen, von denen man bei den nichtrechtsfähigen Vereinen als Kläger die Prozeßfähigkeit abhängig macht, sobald sie als Beklagte erscheinen, ganz absieht. Will jemand den Verband mit seinen Tausenden von Mitgliedern verklagen, so braucht er nur seine Klage einzureichen. Jedes Gericht weiß die Personen zu finden, die den Verband wohl als Beklagte, nicht aber als Kläger vertreten können, und es fällt auch seine Urteile, ohne sich des Näheren danach anzusehen, ob die vor Gericht Zitieren in Wirklichkeit als diejenigen zu betrachten sind, welche die Verantwortung für den Verband zu übernehmen haben. Es ist dies auch ein Stück von dem „zweierlei Recht“, mit dem wir uns noch näher zu befassen haben werden.“

**Rudolstadt.** In einem Steinbruch des Bauunternehmers Worm am Zeigeshener Berg ging bei der Sprengung von Steinsmassen ein Schuß zu früh los und verletzte den verheirateten Arbeiter Helbig, der durch die Steinsmassen verschüttet wurde, schwer.

**Rothhausen (Kreis Gummerbach).** Im Steinbruch der Firma Karl Kind jr. ging ein tiefgelegter Schuß während des Besehens auf unaufgeklärte Weise frühzeitig los, wobei gleichzeitig die Pulverkammer explodierte. Der Bruchmeister Darlarm und ein Arbeiter wurden weit fortgeschleudert und blieben tot, zwei Arbeiter wurden leicht verletzt.

**Essen.** Im Rötterschen Steinbruch in Hammerthal wurden durch frühzeitiges Losgehen eines Sprengschusses fünf italienische Arbeiter lebensgefährlich verbrannt.

Mit diesen Zeilen berichtet das Organ der Steinmeyer über schwere Unglücksfälle an mehreren Orten, ohne aber im geringsten auf die Nichtinhaltung der Schießvorschriften hinzuweisen. Wie würde dieses Blatt sofort, wenn die beteiligten Arbeiter an diesen Vorfällen schuld sein würden, die Fahrlässigkeit der Arbeiter geißeln. Das Unternehmerblatt schweigt; daraus ist der Schluss zu ziehen, daß nicht alles sich in Ordnung befindet und diese schweren Unglücksfälle auf das Konto der Unachtsamkeit der aufsichtführenden Organe zu schieben ist. Ueber 7—8 schwerverletzte Steinarbeiter macht man ja nicht viel Federlesen, sondern die Unternehmer betrachten es als ihre Hauptaufgabe, unsre organisierten Kollegen zu errossen, mit schwarzen Listen zu kennzeichnen, die Bundesratsverordnung als nicht erlassen zu betrachten, Maßfeinder auf längere Zeit auszusperren und selbstredend die Löhne zu kürzen.

**Zehn Millionen Mark Arbeitergroßen.** Der jährliche Umsatz der Gewerkschaften (Zentralverbände) beträgt nach der letzten von der Generalkommission (1901) vorgenommenen Aufstellung bereits ca. 10 Mill. Mark. Das ist ein guter Gradmesser für die erfreuliche Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation. Die Einnahmen beziffern sich bei:

3 Verbänden . . .	über . . .	bis zu 5 000 Mark
3	über	5 000 bis 10 000
8	„	10 000 „ 20 000
12	„	20 000 „ 50 000
8	„	50 000 „ 100 000
12	„	100 000 „ 200 000
6	„	200 000 „ 500 000
1 Verband . . .	„	500 000 „ 1 Million
8 Verbänden . . .	„	1 Million

Die wirtschaftlichen und politischen Gegner werden plagen vor Aerger und über die Verschwendung der Arbeitergroßen wüßten, die sie doch viel lieber in Gestalt von Lohnabzügen oder von Hungerlöhnen einsackten. Freilich im Vergleich zu den Millionen, die dem Arbeiter an indirekten und direkten Steuern abgenommen werden, ist diese Summe, die die Arbeiter für die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage ausgeben, sehr gering. Und dann ist ja auch der Nutzen, den die organisierten Arbeiter in wirtschaftlicher, moralischer und sittlicher Beziehung von diesen zehn Millionen haben, unschätzbar, während indirekt das, was dem Arbeiter bei der Verteuerung seiner Lebensmittel abgenommen wird, zur Fütterung des Moloch Militarismus, zur Stärkung all der Machtmittel verwendet wird, mit der die Arbeiterklasse in ihrem Emanzipationskampf aufgehalten und niedergehalten wird.

**Schweizerischer Steinarbeiter-Verband.** Wie leicht es ist, die italienischen Arbeiter zur Organisation herbeizuziehen, beweist die derzeitige Agitation im Steinarbeiter-Verband. Die italienischen Genossen sind der Organisation gegenüber sehr genügsam, aber sie wollen eben sehen, daß sie den deutschen Genossen gleichgestellt werden und daß man sich auch etwas Mühe ihnen gegenüber erlaubt, was speziell für den Gewerkschaftsbund sehr nützlich sein könnte.

Am 25. April wurde in Basel mit geringer Mühe seitens des Verbandes und eines Mitgliedes ein Marmorarbeiterverein gegründet. Der Verein zählt 28 Mitglieder und sind bis auf drei Mann jetzt schon alle organisiert. Die Mitglieder sind mit wenigen Ausnahmen Italiener. Am 26. April wurde durch den Zentralvorstand eine öffentliche Versammlung der Granitarbeiter in Wassen, Uri, eingeladen. Die Versammlung tagte auf einer Wiese und haben sich nach einem 1½stündigen Referat des Genossen Perlungher sofort 150 Mann in der Organisation eingeschrieben. Auch die Versammlung gleichen Tags bei der Sektion Gurnellen über die internationale Konferenz in Zürich ergab einigen Zuwachs.

Der Steinarbeiter-Verband ist durch Aufwand geringer Mühe nun um eine stattliche Zahl vergrößert worden. Möge es auch dem Gewerkschaftsbund durch baldige Anstellung eines italienischen Sekretärs gelingen, in ebenso kurzer Zeit seine Mitgliederzahl um einige Tausend zu vergrößern.

R. K.

### Litterarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 24. Heft des 21. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Am 40. Geburtstag. — Wirtschaftliche und politische Wandlungen in der Schweiz. Von Otto Lang (Zürich). II. — Sozialpolitik und Verwaltungswissenschaft. Von Adolf Braun. — Klasseninteresse — Sonderinteresse — Gemeininteresse. Von Karl Kautsky. I. Partei und Klasse. — Sozialpolitische Umschau. Von Emanuel Warm. — Europäischer Imperialismus in Südamerika. Von German Abé-Galleman (San Louis, Argentinien). — Litterarisches Rundschau: Paul Louis, Histoire de socialisme français. Dr. Emil Rän, Sozialhistorische Beiträge zur Landarbeiterfrage in Ungarn. Enrico Ferri, La Question Meridionale. Von Dr. Robert Michels.

### Restanten-Liste.

Mit den Abonnementsgeldern des Steinarbeiters befinden sich folgende Verbreiter im Rückstand. Wir stellen die Forderung mit folgender Nummer ein und eruchen die Leser auf Zahlung zu bringen.

Baunzen 19.60.	Mann, Rest 1.05.
Mühlhausen i. Gf. 22.50.	Weissenfee (Pögel), I. Du. 0.60, Rest 1.80.
Breslau 24.—	Witten, I. Du. 0.60, Rest 1.80.
Strasburg, IV. Du. 17.—	Dorfien, I. Du. 0.90.
Wiesbaden, Rest 1.80 u. IV. Du. 9.40.	Rimbach, I. Du. 0.40, Rest 9.60.
Wien, Geschäftsleitung 19.80.	Rinteln, I. Du. 1.20.
Fechenbach, III. u. IV. Du. 36.—, I. Du. 6.—	Klaban, I. Du. 0.90.
Deutmannsdorf 12.60, Rest IV. Du. 1.40.	Jena (Konradus), I. Du. 0.60, Rest 1.80.
Kolmar 18.80, Rest IV. Du. 6.—	Mittelnberg, I. Du. 1.80.
Stuttgart II, Rest 1902 83.60.	Spremberg, I. Du. 1.20.
Duisburg, I. Du. 18.—	Rest 1.20.
Köln, I. Du. 12.—	Wetz, I. Du. 0.80, Rest 1.20.
Konstanz 13.60.	Eisenach, I. Du. 0.60, Rest 1.80.
Dortmund (Reichart), III. Du. 15.—	Einbeck, I. Du. 1.20.
Naesen (Regenthal) 3.—	Altenhagen (Chemnitz), I. Du. 0.90.
Horst (Nidel), III. Du., Rest 5.10, IV. Du. 3.—	Rawitzsch (Mantel), I. Du. 0.90, Rest 0.80.
Alvensleben, I. Du. 6.—, Rest III. Du. 0.80.	Merseburg (Brenzel), I. Du. 0.60, Rest 1.20.
Olbenburg, I. Du. 4.20.	Neubrunn, I. Du. 0.90.
Lahr, I. Du. 6.—	Neuenstein, I. Du. 0.80, Rest 0.80.
Kronach, III. u. IV. Du. 13.40.	Hernsdorf, I. Du. 0.90.
Woburg, I. Du. 4.80, Rest II. Du. 1.50.	Berlin (Rest), I. Du. 0.90.
Haffelrode 3.—	Wettershadt, I. Du. 0.90.
Wittemstorf, I. Du. 6.—, Rest IV. Du. 6.36.	Diez a. b. Lahn, I. Du. 0.90.
Zigenbach, I. Du. 6.—, Rest IV. Du. 5.60.	Nürnberg, Feschele, Rest für Porto 2.40.
Fechenheim, I. Du. 2.40, Rest III. Du. 0.60.	Volkwitz (Riebel), I. Du. 0.90.
Altenburg 2.40.	Gameln (Damann), I. Du. 0.90.
Annaberg 5.60.	Oberschmon, I. Du. 0.60.
Zittau 3.60, Rest I. Du. 1902.	Ritzdorf (Mechmüller), I. Du. 0.90.
Mühlheim, I. Du. 2.—, Rest 1902 2.—	Düffeldorf (Künzel), I. Du. 0.90, Rest 0.90.
Krefeld, I. Du. 2.40, Rest 5.40.	Grimma (Müller), I. Du. 1.80.
Rudolstadt, Rest 5.60.	Berlin (Blod), I. Du. 0.90.
Stettin 4.80.	Berlin (Fischer), I. Du. 0.60, Rest 0.90.
Baunzen (Hauptmann) 3.60.	Rosenheim (Hauer), I. Du. 0.60, Rest 0.90.
Baunzen (Schlager) 3.60.	Beuthen, I. Du. 1.20.
Hersbach (Steininger) 2, Rest 6.60.	Berlin (Paulita), I. Du. 0.90.
Körsbach, I. Du. 2.—, Rest 3.—	Charlottenburg (Weizjan), I. Du. 0.80.
Sonnenburg, I. Du. 1.20.	Lauenberg, I. Du. 0.90.
Eisleben (Kauterwald), Rest 8.80.	Dorfien, I. Du. 0.90.
Marienborn, I. Du. 0.45, Rest 1.80.	Schwarzberg 0.90.
Weizen (Röhler), I. Du. 0.90.	Dresden (Bernhard), I. Du. 0.90, Rest 1902 6.60.
Brohl (Rothstein), 0.60, Rest 3.60.	Weissenfels (Schuhmann), I. Du. 0.90.
Nieberstein (Klerfy), Rest 25.80.	Berlin (Bubig), I. Du. 0.90.
Berlin (Thomann), Rest 1.20.	

NB. In der vorigen Nummer war Verben irrümlicherweise unter den Restanten angeführt. Das I. Quartal wurde im April bezahlt. Dies sei hiermit richtiggestellt.

### Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

**Eberbach.** Der Steinarbeiter Karl Schneider, geb. den 12. Januar 1878 zu Hausen (Wanern) ist seit Ausgang April von hier abgereist, ohne seinen Verpflichtungen nachzukommen.

**Wilhelm Krauß,** Kassierer, Eberbach (Waben), Brühlstr. 285.

### Adressen-Änderungen.

**Hamburg II.** Herm. Siebold, Hamburg 21, Barmbecker Straße 33, S. B. I.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 18. bis mit 23. Mai 1903.

Wemar, Beitrag 0.50; Bracke, Beitrag 2.—; Hof, Beitrag 2.60; Baunzen, Beitrag 59.20, Extrasteuer 1.—; Wittlingen, Beitrag 4.—; Delegiertensteuer 0.25, Maimarke 0.25; Schneeberg, I. Du. 29.—, Beitrag 42.—; Hohenstein, Beitrag 4.—; Wittlingen, Eintrittsmarken 0.60; Wirges, Beitrag 4.40, Delegiertensteuer 0.25, Maimarke 0.25; Wenig-Radwiz, Beitrag 80.—; Wiesbaden, Beitrag 32.—, Eintrittsmarken 4.50, Maimarke 4.75, I. Du. 10.—; Weidenbach, Rest 16.78; Reichenbach, Beitrag 3.40, Delegiertensteuer 0.25, Maimarke 0.25; Malchow, II, III. u. VI. Du. 2.70; Berlin I, Beitrag 443.—, Eintrittsmarken 25.—; Offenbach, Eintrittsmarken 1.—, Maimarken 5.25, Broschüre 1.20, Hauptbuch 2.50, Delegiertensteuer 4.—, Beitrag 64.—; Ahweiler, Beitrag 6.85, II. Du. 0.60, Maimarke 0.25, Delegiertensteuer 0.25; Bensheim, Rest 5.— (Wongrab); Essen, Beitrag 64.—; Düffelborn, Beitrag 64.—; Berlin, II. Du. 24.— (Zindel); Sorau, Beitrag 4.50, Delegiertensteuer 0.25, Maimarke 0.25; Neurode, Beitrag 8.—; Straßburg, Beitrag 280.—, Maimarken 50.—; Breslau, I. Du. 0.90; Frankfurt a. Main, Beitrag 18.—; Mühligen, Eintrittsmarken 0.50; Duisburg, Beitrag 32.—; Welle, Beitrag 3.20, Delegiertensteuer 0.25, Maimarke 0.25; Hamburg I, Beitrag 128.—; Landsberg, Beitrag 2.10, Delegiertensteuer 0.25, Maimarke 0.25; Bunzlau, Beitrag 150.—.

Felix Lange.

### Briefkasten.

**Nürnberg, S.** Gib nochmals bekannt, ob Du 29 oder 49 Exemplare des Steinarbeiters bestellst. Wir können absolut die Zahl nicht feststellen, so schlecht sind die Ziffern geschrieben.

**Wenig-Radwiz.** In der letzten Nummer muß die Todesanzeige unter vorstehendem Ort dahin richtiggestellt werden, daß der verstorbene Kollege nicht Holz, sondern Scholz hieß. Eine deutlichere Schrift, insbesondere von Personennamen, wäre uns nicht unangenehm.

### Anzeigen.

**Hobelbandstahl**  
in vorzüglichster Qualität  
**Harte Steinhauer-Bleistifte**  
echte Rehbachsche, empfiehlt  
**Max Muster, Eisenhandlung, Chemnitz i. S.**

### Nachruf.

Am 19. Mai starb unser Kollege  
**Ernst Strauss**  
im Alter von 32 Jahren an der Berufskrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
**Die organisierten Steinarbeiter von Frankfurt a. O.**

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Wittgenstein.